

Das unsichtbare Lateinamerika

Ans Licht zerren

Weder im gesellschaftlich-politischen noch im wirtschaftlichen Bereich mag der konservative Block der Lateinamerikanischen Länder den Ansprüchen der Demokratie zu genügen. Demokratische Defizite orten die Mainstream-Medien jedoch immer anderswo.

Von Alfredo Serrano

Temer ist immer noch Präsident von Brasilien, ohne eine einzige Stimme an den Urnen erhalten zu haben. Der Macri der «Panamas Papiere» hält Milagro Sala als politische Gefangene. Santos ist in den Odebrecht-Skandal involviert, weil er \$ 1 Million erhalten habe, um seinen Wahlkampf 2014 in Kolumbien zu finanzieren. Unter der Präsidentschaft von Peña Nieto wurden in Mexiko 36 Journalisten in Durchführung ihrer Informationsarbeit ermordet. Im vergangenen Jahr beherrschte Kuczynski Peru durch 112 Dekrete und umging damit die Legislative.

Und doch scheint nichts davon wichtig zu sein. Venezuela ist das einzige Land, das Aufmerksamkeit erregt. Die gesamte schmutzige Wäsche der Demokratien von Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Mexiko und Peru wird von der sogenannten «internationalen Gemeinschaft» weiss gewaschen. Der konservative Block sieht sich davon befreit, das Nichtabhalten von Wahlen, politische Verfolgungen, Korruptionsskandale, fehlende Pressefreiheit oder die Verletzung der Gewaltenteilung zu rechtfertigen. Sie können tun und lassen, was sie wollen, weil nichts davon das Licht der Öffentlichkeit erreicht. Alles wird durch die Mainstream-Medien und eine Reihe internationaler, selbsternannter Hüter von allem, was ihnen fremd ist, unter dem Deckel gehalten. Und all das, ohne sich irgendeiner Art internationalem finanziellen Druck ausgesetzt zu sehen, ganz im Gegenteil.

In diesen Ländern zeigt die Demokratie zu viele Mängel, um dem

Ausland Lektionen zu erteilen. Ihre Konzeption einer Demokratie von geringer Intensität erlaubt es ihnen, alle diese Mängel zu banalisieren, ohne sich in lange Rechtfertigungen einlassen zu müssen. In den meisten Fällen mit Unterstützung und der Propaganda rätselhafter Indikatoren, von denen niemand weiss, wie sie aussehen geschweige denn woher sie stammen. Ein gutes Beispiel sind die Berechnungen, die das so «prestigeträchtige» Intelligenzblatt der Wirtschaft «The Economist» vorgelegt hat: Ihr «Demokratieindex» stützt sich auf Antworten ab, die aus «Expertenbewertungen» gewonnen wurden, ohne dass der Bericht sich auch nur im Geringsten darüber auslassen würde, wie diese zustande gekommen sind. Die Demokratie wird so auf eine «Black Box» reduziert, aus welcher jener als Sieger hervortritt, der am meisten Medienmacht besitzt.

Aber es gibt noch mehr: Dieser konservative Block vermag auch im ökonomischen Bereich keine Demokratie vorzuweisen. Tatsächlich kann in Ländern, die so vielen Menschen den Genuss ihrer grundlegendsten

sozialen Rechte verweigern und sie aus einem menschenwürdigen Leben ausschliessen, keine wahre Demokratie herrschen. Kolumbien hat mehr als 8 Millionen Arme; Peru mehr als 6,5 Millionen; Mexiko über 55 Millionen. In der Macri-Ära sind in Argentinien bisher 1,5 Millionen neue Armutsbetroffene hinzugekommen und unter dem Temer-Management in Brasilien etwa 3,5 Millionen. Das merkwürdigste ist, dass es ihnen auch mit all den Anpassungen, die sie ihren Bürgern zumuten, nicht gelingt, effiziente Wirtschaftsmodelle zu präsentieren. Alle diese Volkswirtschaften sind ins Stocken geraten und zeigen keine Anzeichen einer Erholung.

Dieses unsichtbar gemachte Lateinamerika sollte uns nicht als Ausrede dienen, uns nicht mit den Herausforderungen zu beschäftigen, die sich innerhalb der Wandlungsprozesse ergeben. Ebenso wenig aber dürfen wir in dieser Zeit des grossen geopolitischen Aderschlags zulassen, dass «Unsichtbar» gleichgesetzt wird mit «Nichtexistent». Die Realität dieses anderen, bankrotten Lateinamerikas muss aufgedeckt und problematisiert werden.

Lassen wir es nicht zu, dass sie uns ihre Agenda auferlegen.

Alfredo Serrano Mancilla ist Direktor des Lateinamerikanischen Geopolitischen Strategischen Zentrums (CELAG) in Madrid. Sein Artikel erschien im Blog «Público». Übersetzung Martin Schwander.



Nichts hören, nichts sagen, nichts sehen. Bild von Oswaldo Guayasamín (1919 – 1999).

Fortsetzung von Seite 3

Votum für den Frieden

mende konnte so neben dem Vertreter seiner Gemeinde auch einen Abgeordneten aus jenen Sektoren bestimmen, denen er sich selbst zugehörig fühlt.

Die rechten Parteien stellten keine Kandidaturen und boykottierten den Wahlgang aktiv. «Die Wahl wurde am 30. Juli stark behindert», unterstreicht Walter Suter, der wie bei den Parlamentswahlen von 2015 den Abstimmungssonntag als Wahlbegleiter vor Ort verfolgt hatte. «Zahlreiche Abstimmungslokale wurden vorgängig verwüstet oder blockiert und Abstimmungswillige massiv angegriffen. Trotzdem haben 41,5% der Stimmberechtigten teilgenommen und mit etwas über acht Millionen Abstimmenden sogar eine Zahl erreicht, die weder die Chavisten noch die Opposition in der Vergangenheit je für sich erreichen konnten. Es war eine Manifestation, ein Votum für den Frieden und gegen die Gewalt.» Die Experten des CEELA übrigens, die vor und während der Wahlen sieben Audits durchgeführt hatten, bescheinigten dem Wahlgang die völlige Korrektheit und Überprüfbarkeit. «Auch diese Schlussfolgerung hat es natürlich nicht in unsere Medien geschafft...»

Der Straflosigkeit ein Ende setzen

Obwohl sich die Situation auf der Strasse seit dem 30. Juli schlagartig verbessert hat, die Barrikaden weggeräumt sind und das Leben wieder zu pulsieren beginnt, bleibt die Lage Venezuelas kompliziert. «Es ist ein schwieriger Versuch, mit den Instru-

menten der bürgerlichen Demokratie eine friedliche Revolution durchzuführen. Vieles hängt nun von der konkreten Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung ab», unterstreicht Walter Suter. Als dringend hält er die Aufarbeitung der Gewaltextzesse der vergangenen Monate: «Der Straflosigkeit muss ein Ende gesetzt und jene, die zur Gewalt aufgerufen haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.» Die Verantwortung für die Gewalt auf der Strasse, die den Alltag in Venezuela allzu lang geprägt hat, liegt für Suter eindeutig bei den sogenannten friedlichen Demonstrationen, in welche sich gewaltbereite Elemente eingereiht hätten. «Da gibt es keine Grautöne. Natürlich war von den intellektuellen Autoren dieser Gewalt selbst keiner an der Front, sondern sie warben arme Typen an, aus dem Lumpenproletariat, zum Teil sogar Kinder, und rüsteten sie mit Gasmasken, Waffen, Drogen und Geld aus. Das waren keine Demonstranten, sondern «Angestellte», deren Aufgabe es war, Gewalt auszuüben und Gewalt zu provozieren.» Walter Suter erinnert daran, dass über 20 Menschen von diesem Pöbel bei lebendigem Leibe angezündet wurden und ihren schweren Verletzungen zum Teil auch erliegen sind. «Darüber schreibt Amnesty International natürlich nicht.»

Neben der Aufarbeitung dieser Vorgänge, der sich in der Verfassungsgebenden Versammlung eine Kommission für Wahrheit, Justiz und Reparationen widmen wird, stehen eine ganze Reihe anderer Punkte auf der Tagesordnung: «Die Abgeordneten werden sich der ganzen Wirtschaftsproblematik widmen müssen,

der nach wie vor schwierigen Versorgungslage, dem ganzen Import- und Verteilungssystem. Und natürlich der Diversifizierung der Wirtschaft und der Forcierung eigener Produktionen. Weitere Herausforderungen werden sein, die bisherigen Errungenschaften auf sozialem Gebiet auf Verfassungsgrundlage zu stellen und den Rechtsstaat weiter zu entwickeln, insbesondere auch was den Kampf gegen die Korruption und das Schüren von Hass angeht. Zudem wird sich die Verfassungsgebende Versammlung mit dem Ausbau der partizipativen Demokratie beschäftigen und die in den letzten Jahren entstandenen neuen Formen der direkten Mitbestimmung, etwa die Arbeiterräte, in der Verfassung festschreiben.»

Glückwunsch von Maduro

Zwei Jahre hat die Verfassungsgebende Versammlung laut Walter Suter nun Zeit, sich zu bewähren und der Bevölkerung innert dieser Frist eine neue Verfassung zur Abstimmung vorzulegen. Auch wenn das Organ während dieser Zeit über sämtlichen andern verfassungsmässigen Gewalten steht und deshalb auch einige der parlamentarischen Kompetenzen übernommen hat, funktionieren die demokratischen Institutionen weiter. Im Oktober 2017 zum Beispiel stehen die Gouverneurswahlen an und Teile der Opposition, die den 30. Juli noch zu verhindern suchten, wie etwa die Acción Democrática von Henri Ramos Allup und 17 andere Parteien haben bereits beschlossen, sich an diesen Wahlen zu beteiligen.

Präsident Maduro hat sie zu ihrem Entschluss beglückwünscht.

Zur Vollgeld-Initiative

Krieg und Geld

Wenn wir über die Gründe hinter den Kriegen dieser Welt nachdenken, vergessen wir oft die Rolle, welche das Geld, die Kredite, die Finanzierung oder auch unser aktuelles Geldsystem dabei spielt. UW-Leser Paul Steinmann ist überzeugt, dass ohne das «Nirwana-Geld» der Geschäftsbanken keine Kriege mehr finanziert werden könnten und sieht eine mögliche Lösung in der Vollgeld-Initiative. Wir stellen seine Gedanken leicht gekürzt zur Diskussion.

Von Paul Steinmann

Mit diesem Artikel möchte ich den Leserinnen und Lesern der UW die Vollgeld-Initiative näher vorstellen, die 2018 zur Abstimmung kommen soll.

Die Initiative müsste eigentlich Volksgeld-Initiative heissen. Sie gibt dem Volk, und damit der Politik und unserer Demokratie, über eine unabhängige, aber gestärkte Schweizerische Nationalbank (SNB) wieder das Recht der Geldschöpfung aller Schweizer Franken:

1. Nach dem Willen der Vollgeld-Initiative soll die SNB in Zukunft alles Geld herstellen, nicht nur wie heute das Bargeld, sondern auch das elektronische Buchgeld. Dieses Buchgeld macht schon 90% der umlaufenden Geldmenge aus, wird aber von den Geschäftsbanken hergestellt, und zwar im Widerspruch zur Bundesverfassung BV, Art.99, Art.1. Die Herstellung der gesamten Geldmenge würde es der SNB ermöglichen, diese effektiv und proaktiv zu kontrollieren, was ihr mit der heutigen reaktiven Zinssteuerung einer blossen Teil-Geldmenge nicht gelingen kann.

2. Mit der Vollgeld-Initiative wird auch das elektronische Geld auf unseren Zahlungsverkehrs-Konten endlich gesetzliches Zahlungsmittel und damit so sicher wie Münzen und Noten im Portemonnaie oder im Safe. Da es ausserhalb der Bankbilanzen geführt wird, ist es von Bank-Konkursen nicht mehr betroffen und damit 100% vor Verlust geschützt. Auch im Krisenfall wird somit der Zahlungsverkehr in der Schweiz nicht mehr zusammenbrechen. Das aktuelle Versprechen von «sicheren» Fr. 100 000.– pro Konto wird sich im Krisenfall hingegen als leer erweisen.

3. Mit Vollgeld werden die Gewinne aus der Geldschöpfung statt bei den Geschäftsbanken bei der Nationalbank anfallen und der Allgemeinheit, uns allen, zur Verfügung gestellt werden. So könnten jährlich 5–10 Milliarden CHF in die Budgets von Bund, Kantonen oder direkt zu den Bürgern fliessen. Damit könnten Schulden abgebaut werden und damit stünde auch mehr Geld für die Finanzierung der Kernaufgaben unserer direkten Demokratie zur Verfügung.

4. Mit der Initiative verlieren die Geschäftsbanken das Recht, mittels Kreditvergabe elektronisches Buchgeld aus dem Nichts zu schaffen und damit hohe Gewinne einzustreichen. Dieses Recht haben sich die Banken illegal genommen. Je mehr Kredite sie gewähren, umso mehr Schulden entstehen und umso höher sind ihre Gewinne und die der Aktionäre. Die Banken im Vollgeld-System könnten weiterhin Kredite vergeben, aber nicht mehr mit selber hergestelltem Geld, sondern ausschliesslich mit echten Schweizer Franken von der SNB. Das restliche Bankgeschäft bliebe unangetastet, der Markt frei und liberal, inklusive möglicher Parallelwährungen. Es bräuchte auch keine staatlichen Reglementierungen mehr betreffend Eigenkapitalquoten der Banken (Basel III).

5. Das Too-big-to-fail-Problem wäre definitiv gelöst und die Schweizer Bürger müssten nie mehr eine Bank mit Steuergeldern retten. Weil der Zahlungsverkehr gewährleistet bleibt, kann eine Bank wie jedes andere Unternehmen Bankrott gehen und übernommen werden.

6. Die Vollgeld-Initiative hat das Potential, uns langfristig aus der Schuldenspirale herauszuführen. Verantwortlich für das exponentielle Wachstum von Schulden, Wirtschaft und Umwelterstörung ist die überproportionale Kreditvergabe der Banken, gekoppelt mit Zins und Zinsezins. Deshalb wachsen die Schulden weltweit deutlich schneller als die Volkswirtschaft. Sie können im aktuellen Geldsystem nie mehr zurückbezahlt werden. Und deshalb ist unser derzeitiges Finanzsystem falsch konstruiert, extrem instabil und kann jederzeit einstürzen. Der Kollaps ist programmiert. Die Frage ist nur wann.

7. Das Wichtigste für die Friedensbewegung am Schluss: Könnten nicht mehr beliebig viel Kredit und Schulden aus dem Nichts einfach und jederzeit durch Geschäftsbanken hergestellt werden, dann könnten mit diesem wertlosen «Nirwana-Geld» auch keine Kriege mehr finanziert werden!

Die Alternative heisst Diktatur des Kapitals

Es geht dabei auch um die grundsätzliche Frage, ob sich die Macht des Kapitals letztlich über die Demokratie und den Nationalstaat durchsetzt. Ohne die Hoheit über die Geldschöpfung kann der Staat auf Dauer nicht überleben. Er braucht dieses Geld für seine Kern-Aufgaben. Ohne Geld wird er handlungsunfähig und mit zu hohen Schulden erpressbar. Jeder Politiker müsste diese Zusammenhänge verstehen.

Die Vollgeld-Initiative stärkt parteiunabhängig die (direkte) Demokratie. Die Alternative heisst Diktatur des Kapitals.

Es ist heute eine anerkannte Tatsache, dass die USA Bankrott wären, wenn sie keine Kriege führen würden, weil die amerikanische Rüstungsindustrie ca. 40% des BIP der USA ausmacht. Ebenfalls ca. 40% kommt aus der Finanzindustrie.

Der Industrielle-Militärische Komplex ist nur dank direkter Kreditfinanzierung durch private Banken in diesem Ausmass möglich.

Eine Geldreform im Sinne der Vollgeld-Initiative würde das exponentielle Wachstum allgemein bremsen. Insbesondere die Kriegs- und Finanzindustrie und auch die Umwelterstörung. Die Folge wären gezieltere Investitionen in nachhaltigere Projekte mit längerem Anlagehorizont.

Nur das Schweizer Volk hat dank der direkten Demokratie die weltweit einmalige Chance, aus freiem Willen und Überzeugung ein besseres Geldsystem einzuführen. Es kann später weiterentwickelt werden. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Viele Experten sind sich einig, dass die Einführung eines Vollgeldsystems in der Schweiz problemlos möglich ist.

Aber natürlich wird die Banken-Lobby alles daran setzen, uns Angst einzujagen und uns das Gegenteil zu «beweisen», damit wir ihre geheimen Privilegien nicht abschaffen. Die Banken haben viel zu verlieren, weshalb es leider unmöglich ist, ihrer Argumentation zu vertrauen.

Weitere Infos

Als weiterführende Literatur kann ich empfehlen «Das nächste Geld» von Christoph Pfluger (www.christophpfluger.ch) oder www.vollgeld.info.

Infos zur Abstimmungs-Kampagne: www.vollgeld-initiative.ch.